

Pressestimmen

TÜRKEI NACH DER WAHL

Frankfurter Rundschau

„Schmerzlich“ Die vereinte Opposition hat die Wahlen dort gewonnen, wo es weh tut. Besonders schmerzt der Verlust am Bosphorus, symbolisch die schwerste aller Niederlagen. Am Bosphorus startete Erdogan 1994 seinen politischen Aufstieg, hier beginnt nun sein Niedergang. Der Machtverlust der AKP in der Westtürkei ist auch eine Zäsur, weil deren Metropolen die Zukunft des Landes verkörpern. Sie produzieren zwei Drittel der Wirtschaftsleistung, sie ziehen die Jugend und all jene an, die Arbeit suchen.

Frankfurter Rundschau, Frankfurt

Hannoversche Allgemeine

„Atempause“ Nach dieser Wahl bekommt die Türkei erst mal eine Atempause. Der nächste Urnengang findet regulär nicht vor 2023 statt. Erdogan hat nun vier Jahre Zeit, die innenpolitische Polarisierung zurückzudrehen und auf seine Kritiker zuzugehen.

Hannoversche Allgemeine Zeitung

Kalenderblatt



Foto: epa

DAS GESCHAH AM ...

3. April

1919: Die Nationalversammlung in Wien beschließt die Enteignung des Vermögens der entthronten Dynastie Habsburg-Lothringen sowie die Abschaffung des Adels und der Todesstrafe.

1999: Kosovo-Krieg: Die NATO greift erstmals das Zentrum von Belgrad mit Marschflugkörpern an.

Geburtstag: Marlon Brando, US-Schauspieler (1924–2004); Jane Goodall, brit. Ethnologin, Verhaltensforscherin (*1934); Bjarne Riis, dänischer Radrennfahrer (*1964)

LESERBRIEFE

Leserbriefe finden Sie auf der Leserdialogseite, Seite 11, und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Neue Waschmittelwerbung

Karikatur: Mayerhofer

Menschen

Matthias Krenn

Aus neun mach eins

Von Jasmin Bürger

Statt neun Landeschefs gibt es bald nur noch einen Boss: Die Regierung legt mit der Sozialversicherungsreform die Gebietskrankenkassen zu einer „Österreichischen Gesundheitskasse“ (ÖGK) zusammen. Der einflussreiche Mann an der ÖGK-Spitze hat mit Wochenbeginn offiziell seinen Job angetreten, bis Jahresende soll Matthias Krenn die Fusion finalisieren.

Dann muss der 59-jährige gebürtige Villacher beweisen, dass er die nötige Qualifikation für den Job mitbringt. Seine Nominierung wie auch die Fusionspläne waren auf viel Gegenwind gestoßen. Eines hat Krenn: das richtige Parteibuch. Er ist FP-Politiker, und in der neuen Sozialversicherung wollten sich beide Regierungsparteien wiederfinden.

Seit 22 Jahren ist Krenn Bürgermeister von Bad Kleinkirchheim, in den Gemeinderat war er 1985 eingezogen. Das Amt des Ortschefs füllte ihn längst nicht aus. Seit 1980 führt er das von seinen Eltern gegründete Hotel „Kärntnerhof“ in Bad Kleinkirchheim. Zusätzlich ist er seit 2014 Bundesobmann des Rings freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RfW) und seit 2000 – mit vierjähriger Unterbrechung – Vizepräsident der Wirtschaftskammer sowie im Präsidium der Österreich Werbung. Als Unternehmer ist er bestens vernetzt, seine Nominierung als ÖGK-Obmann hatte auch der VP-Wirtschaftsbund, dem er Beobachtern zufolge sehr nahesteht, unterstützt.

Eine seiner politischen Ambitionen ist gescheitert: 2013 bewarb er sich als Obmann der Kärntner Freiheitlichen (FPK), die damals die Wiedervereinigung mit der FPÖ besiegelten,



Matthias Krenn leitet die aus den Länderkassen fusionierte Gesundheitskasse. Foto: APA

scheiterte aber in einer Kampfabstimmung.

In der ÖGK leitet Krenn vorerst den sogenannten „Überleitungs-Ausschuss“, ab Jänner dann den Verwaltungsrat. Dies allerdings im halbjährlichen Wechsel mit Alfred Huss, den die Arbeitnehmerseite nominiert hat. Erfahrung im Sozialversicherungsbereich bringt Krenn mit: Seit 2010 ist er Mitglied des Hauptverbands, an dessen Wiener Adresse bis auf Weiteres auch die ÖGK residiert.

Leitartikel

Von Clemens Schuhmann



Jeder Verkehrstote ist einer zu viel

Die technische Entwicklung des Automobils ist rasant, was man insbesondere bei der Sicherheitstechnik beobachten kann. Seit vier Jahrzehnten gibt es etwa das Anti-Blockier-System (ABS) im Pkw, ein echter Meilenstein. Denn ABS hat nicht nur Tausende Menschenleben gerettet, es war auch die Initialzündung für alle weiteren Sicherheits- und Assistenzsysteme, die wir heute aus unseren Fahrzeugen kennen.

Die Zahl der Verkehrstoten ist signifikant gesunken: Im Jahr 1978 starben laut Statistik Austria in Österreich noch 2112 Menschen im Straßenverkehr. Im Vorjahr waren es 414. Und zu beachten dabei ist, dass seither die Zahl der Autos sprunghaft angestiegen ist – und die Kilometerleistung deutlich zugenommen hat. Trotzdem gilt: Jeder Verkehrstote ist einer zu viel. Und EU-weit reden wir immer noch von 25.000 Todesopfern und

140.000 Schwerverletzten im Jahr. 90 Prozent der Unfälle lassen sich auf menschliches Versagen zurückführen.

Es ist daher logisch und richtig, dass die Europäische Union mit Vehemenz darauf drängt, mit Hilfe modernster Technik diesen Blutzoll zu verringern. Das EU-Parlament hat gestern beschlossen, dass bis zum Jahr 2022 mehr als zwei Dutzend Assistenzsysteme verpflichtend in Neuwagen eingebaut werden müssen. Dazu zählen etwa ein Müdigkeitswarner, der auch die Smartphone-Nutzung registriert, ein Spurhalte- und Notbremsassistent, Alkoholsperrern, ein Toter-Winkel-Assistent, eine Unfalldaten-Aufzeichnung (eine „Blackbox“ wie etwa beim Flugzeug) oder Rückfahrhilfen (Sensoren, Kameras).

Das wird garantiert dazu beitragen, die Verkehrssicherheit entscheidend zu erhöhen. Da diese Assistenzsysteme, die ja schon verfügbar sind und super funktionieren, derzeit aber zum Teil einen saftigen Aufpreis kosten, werden Neuwagen spürbar teurer werden. Ein neues Auto um 7990 Euro Listenpreis wird sich dann wohl nicht mehr ausgehen – selbst wenn deutlich höhere Stückzahlen diese Sicherheitssysteme günstiger machen dürften. Sinken müssten im Gegenzug aber dafür die Versicherungsprämien – und zwar ordentlich.

Ganz wichtig ist: Es muss zu 100 Prozent und zu jeder Zeit gewährleistet sein, dass die gesammelten Daten jedes Autofahrers sicher sind und nicht in falsche Hände gelangen. Sie dürfen weder verkauft noch zu Werbezwecken missbraucht werden.

c.schuhmann@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Brexit: Cool bleiben!

Mehr Chaos und Unsicherheit über das weitere Vorgehen in Sachen Brexit kann man sich kaum vorstellen. Äußerst erstaunlich ist aber die Ruhe an den Finanzmärkten. Die Kurse britischer Aktien sowie Zinsen britischer Staatsanleihen haben sich seit der Brexit-Abstimmung am 23. Juni 2016 nicht wesentlich anders entwickelt als anderswo.

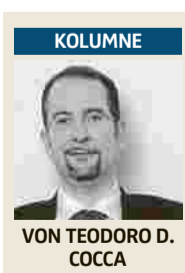
Einzig das britische Pfund erlitt nach der Wahlentscheidung einen heftigen Kurssturz. In der Zwischenzeit bewegt sich aber auch die britische Währung kaum mehr, unabhängig davon, was die Politik in London gerade entschei-

det. Für einmal ist die Marktreaktion – zumindest bis zum jetzigen Zeitpunkt – besonnener als das hysterische politische Spektakel.

Natürlich kann auch der Markt nicht vorhersagen, ob, wie und wann der Brexit stattfinden wird.

Normalerweise würde es aber reichen, dass sich die zunehmende Wahrscheinlichkeit eines sehr negativen Ereignisses in den Marktpreisen widerspiegelt.

Obwohl also der mögliche harte Brexit weiterhin am 12. April passieren könnte, lässt dieses Szenario die Märkte mehr oder weniger



VON TEODORO D. COCCA

kalt. Wie lässt sich diese erstaunliche Coolness erklären? Es sind einerseits die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Teilen des Finanzmarktes zu beachten. Ein schwaches Pfund ist für britische Firmen, welche im Ausland Erträge generieren, von Vorteil, denn die im Ausland verdienten Dollar oder Euro erhöhen den in Pfund berechneten Gewinn.

Zudem werden britische Produkte durch das schwache Pfund im Ausland attraktiver. Die Aktienkurse dieser Unternehmen fallen deshalb nicht. Andererseits

zeigt das schwache Pfund, dass weniger Direktinvestitionen nach Großbritannien fließen und damit zukünftiges Wachstum und Immobilienpreise fallen.

Die Schätzungen gehen davon aus, dass ein harter Brexit vier bis acht Prozent der Wirtschaftsleistung Großbritanniens auf lange Sicht kosten würde. Das klingt im ersten Moment nach viel, gestreckt auf zum Beispiel zehn Jahre wäre das aber „nur“ 0,4 bis 0,8 Prozent weniger Wachstum pro Jahr. Zurzeit liegt die Wachstumsrate bei unterdurchschnittlichen 1,5 Prozent.

Gut ist all dies sicherlich nicht, aber dramatisch klingt anders. So

zeigen die unverändert geringen Risikoauflagen britischer Staatsanleihen, dass der Brexit nicht als existenzielles Ereignis wie etwa damals der Grexit (Austritt Griechenlands aus dem Euro) zu betrachten ist. An der zukünftigen Zahlungsfähigkeit des britischen Staates wird nicht gezweifelt.

Diese relative Gelassenheit der Märkte stellt einen beachtenswerten Kontrapunkt zur allgegenwärtigen Brexit-Hysterie dar. Zumindest die Märkte scheinen die gewohnte britische Coolness zu wahren.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der JKU